

Zur Entwicklung des Produktionspotentials in Ostdeutschland	663
Europäischer Wirtschaftsraum — Ansatz für eine gesamteuropäische Integration	669
Berichtigung, Ausgabe 46/91	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47/91

Berlin

21. November 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

Zur Entwicklung des Produktionspotentials in Ostdeutschland

Bisher hat sich das DIW bei Analysen des Produktionspotentials auf Westdeutschland beschränkt. Hier werden erstmals auch Schätzungen für Ostdeutschland vorgestellt. Die westdeutsche Wirtschaft hat in den letzten beiden Jahren von der zusätzlichen Nachfrage in Ostdeutschland erheblich profitiert. Trotz überaus starker Ausweitung des Produktionspotentials hielt sich die Kapazitätsauslastung in Westdeutschland auf Rekordhöhe. Für das nächste Jahr ist bei weiterhin hohem Wachstum des Produktionspotentials mit einem Rückgang der Kapazitätsauslastung im Durchschnitt des Unternehmensbereichs wie auch im verarbeitenden Gewerbe um 2 Prozentpunkte zu rechnen.

In Ostdeutschland ist es zu kräftigen Einbrüchen gekommen. Im verarbeitenden Gewerbe hat die Öffnung der Märkte bisher ein Drittel des Produktionspotentials obsolet werden lassen, und die einsetzbaren Kapazitäten sind völlig unzureichend ausgelastet. Ein weiterer Abbau von Produktionskapazitäten ist zu erwarten. In diesem Prozeß wird es zu kräftigen Produktivitätssteigerungen kommen.

Während es für Westdeutschland eine vergleichsweise zuverlässige Datengrundlage über die Entwicklung des Produktionspotentials und seine Auslastung gibt, ist die Beurteilung des ostdeutschen Produktionspotentials gegenwärtig noch mit großen Unsicherheiten behaftet. So liegt bisher eine Anlagevermögensrechnung, die mit derjenigen Westdeutschlands vergleichbar ist, nicht vor. Bei der Schätzung der ostdeutschen Produktionskapazitäten geht es vor allem um die Frage, inwieweit der Produktionsrückgang in Ostdeutschland mit einem Abbau von Kapazitäten einherging oder inwieweit es sich lediglich um eine Unterauslastung noch nutzbarer Kapazitäten handelt.

Viele Produkte der ostdeutschen Wirtschaft sind seit Beginn der Währungsunion nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Absatzverluste beruhen überwiegend auf schlechten qualitativen Eigenschaften der Produkte. Auch Preissenkungen unter das Niveau westdeutscher Produkte haben keinen Ausgleich geschaffen. Bei weitergehenden Preissenkungen könnten vielfach die Kosten der Produktion nicht mehr gedeckt werden. Insbesondere Produkte, zu deren Herstellung Produktionsverfahren mit einer sehr ge-

ringen Arbeitsproduktivität angewendet werden, sind hiervon betroffen. Handelt es sich zudem um Produkte, deren Herstellung eng an bestimmte Produktionsverfahren gekoppelt ist, so wird man die Produktion und die dazugehörigen Produktionsanlagen kaum mehr als Produktionspotential in Rechnung stellen können. Wegen der Überalterung vieler Produktionsanlagen in Ostdeutschland gilt dies für einen großen Teil des Produktionspotentials.

Hinzu kommt, daß der Absatz vieler Produkte gegenwärtig auch von dem Nachfrageausfall auf den osteuropäischen Märkten betroffen ist. Ebenso hat die starke Hinwendung der ostdeutschen Konsumenten zu Produkten westlicher Prägung Nachfrageausfälle herbeigeführt. Betroffen davon sind auch solche Produkte, bei denen es gelingen könnte, durch geringfügige Produktionsumstellungen und verstärkte Marketinganstrengungen einschließlich der Pflege von Vertriebsnetzen und Änderungen in der Verpackung westdeutschen Standard zu erreichen. In diesen Fällen sind der Produktionsrückgang und die Unterauslastung des Produktionspotentials als vorübergehend einzuschätzen. Faktisch ist eine Trennung beider Ursachen des

Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland

	Produktion ¹⁾ Index (3. Quartal 1990 = 100)				Beschäftigte ²⁾ in 1000			
	1989	1990		1991	1989	1990		1991
		1. Halbj.	2. Halbj.			1. Halbj.	2. Halbj.	
Mineralölverarbeitung	175	154	95	108	24	23	21	18
Steine und Erden	200	198	83	42	83	82	72	62
Eisenschaffende Industrie	197	182	88	82	85	82	69	57
Eisen- und Stahlgießereien	181	175	85	47	46	44	38	34
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	215	193	110	79	214	203	174	138
Restl. Grundstoffgewerbe	276	253	95	74	130	120	103	80
Stahlbau	136	138	102	78	113	109	94	92
Maschinenbau	150	148	93	45	523	486	413	361
Straßenfahrzeugbau	130	132	94	74	125	126	112	93
Elektrotechnik	163	162	92	41	374	359	297	251
Feinmechanik, Optik	258	215	120	36	60	59	58	51
Büromaschinen, ADV	178	183	85	34	47	42	36	32
Restl. Investitionsgütergewerbe	170	172	90	74	116	111	96	91
Holzverarbeitung	253	243	101	70	89	79	62	53
Druckerei	124	143	93	95	27	24	22	21
Textilgewerbe	244	222	102	86	203	191	142	102
Restl. Verbrauchsgütergewerbe	194	177	97	50	331	306	236	187
Nahrungs- und Genußmittelherst.	251	222	104	95	256	238	182	146
Verarbeitendes Gewerbe	188	175	96	62	2 847	2 685	2 227	1 872
Grundstoffprod. Gewerbe	211	195	95	70	582	555	477	391
Invest.-Güterprod. Gewerbe	155	154	94	50	1 359	1 292	1 106	971
Verbrauchsgüterprod. Gewerbe	208	192	98	71	650	601	462	364
Nahrungs- und Genußmittelherst.	251	222	104	95	256	238	182	146
Entwicklung (1989 = 100)								
Mineralölverarbeitung	100	88	55	62	100	97	90	78
Steine und Erden	100	99	41	21	100	99	86	75
Eisenschaffende Industrie	100	93	45	41	100	96	81	67
Eisen- und Stahlgießereien	100	96	47	26	100	96	82	74
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	100	90	51	37	100	95	81	65
Restl. Grundstoffgewerbe	100	91	34	27	100	93	79	62
Stahlbau	100	102	75	58	100	96	84	81
Maschinenbau	100	98	62	30	100	93	79	69
Straßenfahrzeugbau	100	102	73	57	100	101	90	74
Elektrotechnik	100	100	57	25	100	96	79	67
Feinmechanik, Optik	100	83	47	14	100	99	97	85
Büromaschinen, ADV	100	103	48	19	100	90	76	67
Restl. Investitionsgütergewerbe	100	101	53	44	100	96	82	78
Holzverarbeitung	100	96	40	28	100	89	69	60
Druckerei	100	115	75	77	100	90	82	78
Textilgewerbe	100	91	42	35	100	94	70	51
Restl. Verbrauchsgütergewerbe	100	91	50	26	100	92	71	56
Nahrungs- und Genußmittelherst.	100	89	41	38	100	93	71	57
Verarbeitendes Gewerbe	100	93	51	33	100	94	78	66
Grundstoffprod. Gewerbe	100	93	45	33	100	95	82	67
Invest.-Güterprod. Gewerbe	100	99	61	33	100	95	81	71
Verbrauchsgüterprod. Gewerbe	100	92	47	34	100	92	71	56
Nahrungs- und Genußmittelherst.	100	89	41	38	100	93	71	57

¹⁾ Index der Nettoproduktion für 1989 und 1. Halbjahr 1990 mit der auf SYPRO-Zweige umgesetzten industriellen Warenproduktion zurückgeschrieben. — ²⁾ Arbeiter und Angestellte zuzüglich Lehrlinge, Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Genossenschaftsmitglieder in 1989 und 1990, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Bundesländer; Berechnungen des DIW.

Produktionsrückgangs nicht möglich. Auch ist damit zu rechnen, daß längerfristig ungenutzte Kapazitäten kaum mehr reaktivierbar sind und somit das Produktionspotential zusätzlich verringern werden.

Produktion und Beschäftigung

Die Tabelle 1 zeigt die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den Zweigen des verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands seit 1989¹. Im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1991 lag die Produktion im verarbeitenden Gewerbe bei einem Drittel des Ausgangswertes von 1989. Die Öffnung des ostdeutschen Marktes und die Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland bewirkten schon im ersten Halbjahr 1990 Produktionsrückgänge; die stärksten Ausfälle setzten jedoch erst mit der Währungsunion ein. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe halbierte sich gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1989. Lediglich den Investitionsgüterherstellern gelang es, vornehmlich durch den Export nach Osteuropa, den Rückgang auf 60 vH zu begrenzen. Mit dem Auslaufen der Exportsubventionen sank 1991 auch in diesem Bereich die Produktion auf ein Drittel des Durchschnittswertes von 1989.

Obwohl alle Branchen kräftige Produktionseinbußen hinnehmen mußten, so zeigten sich doch in der ersten Hälfte 1991 deutliche Unterschiede. Relativ gut behauptete sich die Produktion im Druckgewerbe, die lediglich auf 77 vH des Monatsdurchschnitts von 1989 zurückging, sowie in den Wirtschaftszweigen Mineralölverarbeitung (62 vH), Stahlbau (58 vH) und Straßenfahrzeugbau (57 vH). Den stärksten Rückgang mußten die Branchen Feinmechanik, Optik (14 vH), Büromaschinen, ADV (19 vH) sowie die Steine und Erden-Industrie (21 vH) hinnehmen.

Die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe sank von 2,8 Mill. im Durchschnitt des Jahres 1989 auf 1,9 Mill. im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1991. Der Beschäftigungsrückgang war im Vergleich zum Produktionsrückgang stetig und schwächer. Am stärksten war der Beschäftigtenabbau im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und bei den Verbrauchsgüterproduzenten. Sehr viel weniger wurde die Beschäftigung im Investitionsgütersektor abgebaut. Hierzu dürften in erheblichem Maße die bis zum Sommer dieses Jahres geltenden Kündigungsschutzregelungen in der metallverarbeitenden Industrie beigetragen haben. Alle Branchen mit über dem Durchschnitt liegendem Produktionsrückgang in diesem Bereich haben ihre Beschäftigung lediglich unterdurchschnittlich stark abgebaut.

Desgleichen haben Branchen mit geringem Produktionsrückgang die Beschäftigung vergleichsweise wenig abgebaut. Umgekehrt haben nur wenige Branchen, die einen kräftigen Produktionsrückgang hinnehmen mußten, auch die Beschäftigung überdurchschnittlich reduziert. Auffällig ist vor allem der geringe Rückgang der Beschäf-

tigtenzahlen in der Steine und Erden-Industrie, bei den Gießereien und der Holzverarbeitung.

Zur Produktivitätsentwicklung in den neuen Bundesländern

Nach der Umstellung auf die D-Mark sind eine Reihe der für einen schnellen Anstieg der Arbeitsproduktivität erforderlichen Maßnahmen², wie der Abbau betriebsfremder Tätigkeiten, Ausgliederung von Unternehmensteilen und Entlassungen, in Angriff genommen worden. Angesichts des Zugangs der ostdeutschen Betriebe zum Weltmarkt waren zuvor produktivitätshemmende Materialbeschaffungsprobleme kaum noch von Bedeutung. Dennoch ist die Produktion der ostdeutschen Industriebetriebe, bezogen auf die Zahl der Beschäftigten, stark gesunken: Gegenüber dem Wert von 1989 halbierte sich die rechnerische Produktivität je Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1991.

Es wäre allerdings verfehlt, die Gründe hierfür in der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates zu suchen. Daß im Zusammenhang mit dieser Entwicklung weniger effiziente Produktionstechniken eingesetzt worden sind, ist kaum zu begründen. Im Gegenteil, bei Stilllegung unproduktiver Produktionsprozesse dürfte die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der verbliebenen Anlagen sogar noch gestiegen sein. Mit den bestehenden Anlagen sowie den in den Betrieben noch verbliebenen Beschäftigten könnten die Unternehmen somit wesentlich mehr produzieren, wenn entsprechende Nachfrage vorhanden wäre. Die potentielle Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Wirtschaft ist heute, bei allerdings wesentlich niedrigerem Niveau des Produktionspotentials, höher als vor der Währungsunion.

Die Unternehmen haben auf unzureichenden Absatz ihrer Produkte nur zum Teil mit Entlassungen reagiert. In großem Umfang wurde für die Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet. Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit (tatsächliche Arbeitszeit zuzüglich Überstunden) lag 1989 im verarbeitenden Gewerbe bei gut 1 700 Stunden je Beschäftigten. Im ersten Halbjahr 1991 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit infolge der von fast allen Betrieben in Anspruch genommenen Kurzarbeiterregelung etwa 500 Stunden. Auf das Jahr umgerechnet sind das knapp 60 vH der Ausgangsstundenzahl, bei allerdings deutlicher Differenzierung in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Gering war der

¹ Die Berechnungen basieren auf sektoral sehr tief gegliederten Informationen über die Industriezweige in der ehemaligen DDR. Diese Daten wurden mit Hilfe von Umsetzungsmatrizen auf den Berichtskreis und die Abgrenzungsmerkmale des Monatsberichts im produzierenden Gewerbe umgerechnet, der nun auch für die neuen Bundesländer erstellt wird.

² Vgl. Bernd Görzig und Martin Gornig: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 121, Berlin 1991.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit in Ostdeutschland

	Arbeitsvolumen ¹⁾ je Beschäftigten					
	in Stunden			Entwicklung (1989 = 100)		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991
	1. Halbjahr			1. Halbjahr		
Mineralölverarbeitung	1 761	878	698	100	100	79
Steine und Erden	1 787	877	534	100	98	60
Eisenschaffende Industrie	1 675	828	505	100	99	60
Eisen- und Stahlgießereien	1 774	872	486	100	98	55
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	1 696	845	519	100	100	61
Restl. Grundstoffgewerbe	1 813	878	459	100	97	51
Stahlbau	1 790	872	698	100	97	78
Maschinenbau	1 755	870	486	100	99	55
Straßenfahrzeugbau	1 782	869	417	100	98	47
Elektrotechnik	1 699	846	427	100	100	50
Feinmechanik, Optik	1 679	751	394	100	89	47
Büromaschinen, ADV	1 666	890	400	100	107	48
Restl. Investitionsgütergewerbe	1 801	874	508	100	97	56
Holzverarbeitung	1 739	844	580	100	97	67
Druckerei	1 659	679	714	100	82	86
Textilgewerbe	1 635	802	341	100	98	42
Restl. Verbrauchsgütergewerbe	1 620	795	441	100	98	54
Nahrungs- und Genußmittelherst.	1 814	869	586	100	96	65
Verarbeitendes Gewerbe	1 726	846	485	100	98	56
Grundstoffprod. Gewerbe	1 741	858	512	100	99	59
Invest.-Güterprod. Gewerbe	1 742	859	476	100	99	55
Verbrauchsgüterprod. Gewerbe	1 642	799	442	100	97	54
Nahrungs- und Genußmittelherst.	1 814	869	586	100	96	65

¹⁾ Tatsächliche Arbeitszeit zuzüglich Überstunden in 1989 und 1990; Beschäftigtenstunden in 1991.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW.

Rückgang überwiegend in Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktionseinschränkung. Lediglich der Straßenfahrzeugbau hat bei vergleichsweise schwachem Produktionsrückgang den Arbeitseinsatz sehr viel stärker durch Kurzarbeit als durch Freisetzen reduziert. Überdurchschnittlich ging die Arbeitszeit in den Wirtschaftszweigen des Investitionsgütergewerbes zurück. Insgesamt nahm die Beschäftigung um 34 vH, das Arbeitsvolumen aber um 63 vH ab.

Betrachtet man die Entwicklung der Produktion in den Branchen Ostdeutschlands bezogen auf die Beschäftigtenstunden, so zeichnen sich sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen ab. Einige Wirtschaftszweige, deren Produktion eher günstig verlief, konnten bereits 1991 durch zusätzliche Freisetzen und die Einführung von Kurzarbeit ihre Produktivität gegenüber 1989 erhöhen (Straßenfahrzeugbau, Druckereigewerbe) oder mußten kaum Rückgänge der Produktivität in Kauf nehmen (Mineralölverarbeitung, Stahlbau). Vor allem das Textilgewerbe erzielte trotz relativ starker Produktionsabnahme eine hohe Produktivitätssteigerung durch Anpassung des Arbeitsvolumens. Der starke Rückgang der durchschnittlichen Ar-

beitszeit in der feinmechanischen und optischen Industrie wurde von einem geringen Abbau der Beschäftigten begleitet. Der Rückgang des Arbeitsvolumens hielt mit den Produktionseinschränkungen nicht Schritt. Die Arbeitsstundenproduktivität nahm auf ein Drittel ab. Auffällig ist, daß Branchen, die schon vor der Währungsunion bei teilweise geöffneten Märkten Produktionseinbußen hinnehmen mußten, wie die Nahrungs- und Genußmittelbranche und einige Verbrauchsgüterindustrien, bereits 1991 wieder das Produktivitätsniveau (je Stunde) von 1989 erreicht oder zum Teil sogar überschritten haben. Hier hat offenbar der Anpassungsdruck des Wettbewerbs schon erste Früchte getragen.

Das Produktionspotential Ostdeutschlands

Es ist normal, daß Unternehmen bei nachfragebedingten Rückgängen der Produktion nicht im gleichen Umfang mit einem Beschäftigtenabbau reagieren. Je anspruchsvoller das Produkt und je qualifizierter die zu seiner Herstellung eingesetzten Arbeitskräfte, desto geringer sind bei

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland

	Produktion je Beschäftigten				Produktion je Beschäftigtenstunde			
	Entwicklung (1989 = 100)							
	1989	1990		1991	1989	1990		1991
		1. Halbj.	2. Halbj.	1. Halbj.		1. Halbj.	2. Halbj.	1. Halbj.
Mineralölverarbeitung	100	91	61	79	100	91	.	100
Steine und Erden	100	100	48	28	100	102	.	47
Eisenschaffende Industrie	100	97	55	62	100	98	.	102
Eisen- und Stahlgießereien	100	100	58	35	100	102	.	64
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	100	95	63	57	100	95	.	93
Restl. Grundstoffgewerbe	100	98	43	43	100	102	.	86
Stahlbau	100	106	89	71	100	109	.	91
Maschinenbau	100	106	78	43	100	107	.	78
Straßenfahrzeugbau	100	100	81	76	100	103	.	163
Elektrotechnik	100	104	72	38	100	104	.	75
Feinmechanik, Optik	100	84	48	16	100	94	.	35
Büromaschinen, ADV	100	114	62	28	100	107	.	58
Restl. Investitionsgütergewerbe	100	106	64	55	100	109	.	98
Holzverarbeitung	100	107	57	46	100	111	.	69
Druckerei	100	128	92	98	100	156	.	114
Textilgewerbe	100	97	60	70	100	99	.	168
Restl. Verbrauchsgütergewerbe	100	99	70	46	100	101	.	84
Nahrungs- und Genußmittelherst.	100	95	58	66	100	100	.	103
Verarbeitendes Gewerbe	100	99	65	50	100	101	.	90
Grundstoffprod. Gewerbe	100	97	55	49	100	99	.	84
Invest.-Güterprod. Gewerbe	100	104	75	46	100	106	.	83
Verbrauchsgüterprod. Gewerbe	100	100	66	61	100	103	.	113
Nahrungs- und Genußmittelherst.	100	95	58	66	100	100	.	103

Quelle: Berechnungen des DIW.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Nachfrage- und Produktionschwankungen Veränderungen des Beschäftigungsstandes in den Unternehmen; Arbeitskräfte werden durchgehalten. Dieses Verhalten der Unternehmen läßt sich mit den unterschiedlichen Einarbeitungs- und Suchkosten erklären, die bei einer hohen Fluktuation der Beschäftigten entstehen.

Aus dieser Sicht ist die Entwicklung in Ostdeutschland nicht ungewöhnlich. Die Unternehmen haben Arbeitskräfte abgebaut, für die auch bei Vollausslastung die Arbeitsplätze nicht mehr rentabel gewesen wären. Für die verbleibenden Arbeitskräfte wurde die Arbeitszeit reduziert, so daß bei einer Nachfragesteigerung die vorhandenen Anlagen wieder stärker genutzt werden können. Die geltende Kurzarbeiterregelung begünstigt dieses Verhalten, da die Kosten für das Durchhalten von nur teilweise beschäftigten Arbeitskräften überwiegend vom Staat getragen werden.

Nimmt man daher an, daß die Unternehmen Ostdeutschlands ihre Beschäftigtenzahl lediglich soweit reduziert haben, wie Arbeitsplätze mit den unrentablen Anlagen wegfielen, so kann als grober Indikator für die Auslastung des Produktionspotentials das Verhältnis zwischen tatsächlichem Arbeitsvolumen und jenem Arbeitsvolumen

dienen, das sich bei vollem Einsatz der im Betrieb Beschäftigten ergibt. Danach wäre die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands gegenwärtig mit 60 vH anzusetzen. Das Produktionspotential im verarbeitenden Gewerbe wäre — entsprechend der Beschäftigungszahl — um ein Drittel zurückgegangen.

Die Auslastung ist höher anzusetzen, wenn das Produktionspotential rascher abgebaut wurde als die Beschäftigung. Dies wäre der Fall, wenn Arbeitskräfte nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen durchgehalten werden. So spricht einiges dafür, daß insbesondere in den metallverarbeitenden Zweigen die noch zu DDR-Zeiten vereinbarten Kündigungsschutzabkommen den Beschäftigtenabbau gebremst haben. Insbesondere dort, wo mangelnde Umsatzerträge durch die Treuhand ausgeglichen wurden, verringerte sich der Druck, Arbeitskräften zu kündigen.

Schätzungen der Entwicklung des ostdeutschen Produktionspotentials, die sich allein an der Zahl der abgebauten Arbeitskräfte orientieren, markieren daher eher eine Obergrenze. Zudem ist mit einem weiteren Rückgang des Produktionspotentials zu rechnen. Kräftige Lohnkostensteigerungen und der Abbau von Subventionen werden den Einsatz noch nutzbarer Produktionsanlagen

unrentabel machen. Neue rentable Kapazitäten sind vielfach noch von untergeordneter Bedeutung. Legt man die Unternehmensbefragung³ des DIW zugrunde, so signalisiert der bis zum Jahresende von den Unternehmen geplante Beschäftigungsrückgang um mehr als 35 vH einen weiteren Kapazitätsabbau im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes.

Demgegenüber ist aber auch zu berücksichtigen, daß auf Grund von Kostensteigerungen vor allem Anlagen und damit Arbeitsplätze wegfallen, deren Arbeitsproduktivität unterdurchschnittlich ist. Von daher dürfte die Verringerung des Produktionspotential geringer einzuschätzen sein, als es der Verminderung der Beschäftigtenzahlen

entspricht. Zudem wird die Arbeitsproduktivität im Durchschnitt der noch nutzbaren Anlagen gesteigert.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß zwar das in Ostdeutschland rentabel zu nutzende Produktionspotential stark geschrumpft ist, die verbliebenen Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe jedoch bei weitem nicht ausgelastet sind und rasche Produktionssteigerungen zulassen. Hierfür spricht auch die in der DIW-Umfrage geäußerte Absicht der Unternehmen, ihre Umsätze in diesem Jahr um 30 vH zu steigern.

³ Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Dritter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39-40/91, S. 563.

Europäischer Wirtschaftsraum — Ansatz für eine gesamteuropäische Integration

Zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) bestehen seit Anfang 1973 Freihandelsabkommen für den Warenverkehr. Nach dem Vorschlag des Präsidenten der EG-Kommission vom Januar 1989 zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) für die Staaten der Gemeinschaft und der EFTA soll diese große Freihandelszone zu einem erweiterten Europäischen Binnenmarkt ausgebaut werden. Damit kam ein langer und zähflüssiger Verhandlungsprozeß in Gang, der am 22. Oktober 1991 mit der Unterzeichnung des EWR-Vertrages seinen vorläufigen Abschluß fand. Dieser Wirtschaftsraum umfaßt 19 Staaten: neben den Staaten der EG nunmehr auch Schweden, die Schweiz, Finnland, Österreich, Island, Norwegen und Liechtenstein.

Bei aller Dominanz des Binnenmarktmotivs dürfte die EG mit ihren Vorschlägen zur Schaffung des EWR auch darauf reflektiert haben, Beitrittsanträge einzelner EFTA-Länder vermeiden oder verzögern zu können. Auf Seiten der meisten EFTA-Staaten bestand das Hauptmotiv vor allem darin, an den für sie bedeutsamen Entwicklungen und Entscheidungen der EG stärker teilhaben zu können. In dem Maße, wie dies im Zuge der Verhandlungen skeptischer beurteilt wurde, aber auch unter dem Einfluß der politischen Umwälzungen in Osteuropa veränderte sich die integrationspolitische Konstellation allerdings entscheidend. Während zunächst mit Österreich und Schweden einzelne Länder vorpreschten, deren politische „Neutralitätsvorbehalte“ in letzter Zeit gegenstandslos geworden waren, zeichnet sich nunmehr bereits für die Mehrzahl der EFTA-Länder der Wunsch ab, der Europäischen Gemeinschaft möglichst bald beizutreten. Berücksichtigt man darüber hinaus die offiziell schon vorliegenden Mitgliedschaftsanträge der Türkei, Zyperns und Maltas einerseits, die bereits geäußerten Wünsche osteuropäischer Staaten andererseits, so wäre eine Verdoppelung der Zahl der Mitgliedstaaten langfristig durchaus denkbar.

Die vielfach nachgewiesenen wirtschaftlichen Vorteile des Europäischen Binnenmarktes werden im Europäischen Wirtschaftsraum noch größer sein. Institutionell und wirtschaftspolitisch aber erfordert der EWR sowohl zwischen den neuen Partnern als auch innerhalb der alten Europäischen Gemeinschaft Kompromisse, die für beide Seiten nur schwer zu bewältigen sein werden.

Verteidigung von Prinzipien und Kompromisse

Im Vordergrund der Verhandlungen zwischen EG und EFTA stand in den letzten zwei Jahren die Suche nach möglichst vielen allgemein gültigen Regelungen einerseits, nach unumgänglichen länderspezifischen Problemlösungen und Kompromissen andererseits. Über die grundsätzlichen materiellen Ziele des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum bestand rasch Klarheit:

— Die Verwirklichung der „vier Freiheiten“ des Europäischen Binnenmarktes auch im EWR, also die Schaffung eines weitgehend freien Verkehrs von Waren (mit

Ausnahme der Landwirtschaft), Dienstleistungen, Personen und Kapital;

- die Schaffung der Voraussetzungen für eine größere „Kohäsion“ unter den 19 Ländern des EWR, d.h. einen Abbau der Wachstums- und Wohlstandsunterschiede, zu dem auch eine Annäherung in der Agrarpolitik beitragen soll;
- die Kooperation bei einer Reihe von den Binnenmarkt flankierenden Politiken, zu denen der Umweltschutz, der Verbraucherschutz, Forschung, Ausbildung und Tourismus gehören.

Zur Erreichung dieser Ziele, insbesondere der vier Freiheiten im Binnenmarkt, müssen die EFTA-Staaten sich in weiten Bereichen der bereits vollzogenen oder in Gang befindlichen EG-Gesetzgebung zum Binnenmarkt anpassen und damit schon in Kürze einen großen Teil der Bedingungen für einen künftigen EG-Beitritt erfüllen. Einige wichtige Punkte aus dem Binnenmarktprogramm werden zunächst aber nicht adaptiert werden. Dazu gehören die Regelungen bei den indirekten Steuern sowie die Verwirklichung der Freizügigkeit und des freien Warenverkehrs. Die Realisierung der angestrebten unbeschränkten „Binnenmarkt-Freiheiten“ zwischen EG und EFTA wird daher noch auf sich warten lassen. Vom EWR-Vertrag werden weder die Grenzen zwischen EFTA und EG noch die Beziehungen der EFTA zu Drittländern unmittelbar betroffen; da keine Zollunion mit einem gemeinsamen Außentarif besteht, müssen auf der Basis von Ursprungszeugnissen weiterhin Kontrollen an den Binnengrenzen stattfinden, wenn höhere Zolltarife nicht unterlaufen werden sollen. Dies auch deshalb, weil die EFTA-Länder nicht gezwungen sind, eventuellen Handelssanktionen oder Antidumping-Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Drittländern zu folgen.

Im Unterschied zu den Güterbewegungen war der freie Fluß von Dienstleistungen, Kapital und Arbeit zwischen EG und EFTA bisher noch stark behindert. Dies zeigen schon die inneren Probleme einiger EFTA-Länder. So mußte beispielsweise der Schweiz eine Übergangszeit von fünf Jahren nach dem 1.1.1993 zugestanden werden, damit sie die Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt verwirklichen kann.

Ein vordringliches Motiv der EFTA-Staaten für den EWR-Vertrag war der Wunsch, an Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft, die auch die EFTA-Staaten existentiell betreffen, teilnehmen zu können. Dies gilt beispielsweise hinsichtlich der Schritte zur weiteren Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und zur künftigen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Hier ist folgende Lösung gefunden worden: Die EFTA-Staaten werden vor neuen Gesetzgebungsinitiativen in jedem Fall von der Kommission konsultiert und von den Arbeitsgruppen des Ministerrats im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf dem laufenden gehalten. Sie wirken aber nicht direkt mit. Hier liegt einer der wesentlichen Schlüssel für die „Flucht nach vorn“ durch Österreich und Schweden. Bei der Übernahme von EG-Recht ist den EFTA-Staaten nicht — wie zunächst von der Schweiz gewünscht — ein individuelles „Opting out“ gewährt worden, das den Erfordernissen eines möglichst homogenen Wirtschaftsraumes widersprochen hätte, jedoch besteht die Möglichkeit einer gemeinsamen Ablehnung bestimmter Regelungen (beispielsweise im Verkehrsbereich) durch die EFTA-Staaten. Die EFTA ist im Rahmen des EWR auch nicht in jedem Falle gezwungen, sich der EG-Gesetzgebung anzupassen. So gibt es etwa bei Umweltstandards, die in den EFTA-Staaten oft wesentlich rigoroser sind, Ausnahmen, bis die Standards in der Europäischen Gemeinschaft die gleiche Qualität erreichen. Bestimmte Ausnahmeregelungen oder Übergangszeiten sind auch für den Immobilienerwerb, die Übernahme skandinavischer Banken durch Ausländer oder hinsichtlich des Bankgeheimnisses in der Schweiz festgelegt worden.

Drei besondere, vor allem länderspezifische Probleme waren in der letzten Verhandlungsrunde noch zu lösen: der Alpentransit, die Frage der Fischereirechte und die Frage der Ausgestaltung des Hilfsfonds für die ärmeren EG-Länder. Beim Alpentransit ging es vor allem um den Wunsch Österreichs und der Schweiz, angesichts des rasch wachsenden Güterverkehrs über die Alpen Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern und die Zahl schwerer Laster zu begrenzen. In der „Fischfrage“ ging es vor allem um eine Erhöhung der zulässigen Kabeljau-Gesamtangemessenheiten vor Norwegens Küste. Für Zugeständnisse in diesen Bereichen forderten die ärmeren Länder der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Spanien, Portugal, Griechenland und Irland, die Einrichtung eines sogenannten Kohäsionsfonds, der mit Geldern der EFTA-Staaten gespeist werden soll. In den nächsten fünf Jahren werden die EFTA-Staaten diesen Fonds mit zinsverbilligten Krediten in Höhe von 1,5 Mrd. ECU sowie mit Zuschüssen in Höhe von 500 Mill. ECU, insgesamt also über 4 Mrd. DM, ausstatten.

Auch wenn noch etwa 1500 EG-Regelungen angepaßt oder weitgehend von der EFTA übernommen werden müssen, soll der EWR-Vertrag doch zeitgleich mit dem Europäischen Binnenmarkt zum 1. Januar 1993 in Kraft treten. Teilweise wird es längere Übergangsfristen geben,

teilweise sollen die Abmachungen schon von Anfang 1992 an informell angewendet werden, wie dies Finnland bereits angekündigt hat. Indes muß der EWR-Vertrag noch vom Europäischen Parlament und von den 19 beteiligten nationalen Parlamenten ratifiziert werden, wobei sich insbesondere in der Schweiz Schwierigkeiten ergeben könnten.

Wirtschaftliche Bedeutung des EWR

Ein Vergleich zentraler Wirtschaftsdaten der europäischen Integrationsräume mit denen der USA und Japans, Osteuropas und des ehemaligen Gebietes der Sowjetunion zeigt einmal, daß die Bevölkerungszahl im EWR die der anderen wichtigen Wirtschaftsräume bei weitem überschreitet. Das Bruttoinlandsprodukt liegt nun über dem der USA und ist fast doppelt so hoch wie in Japan. Trotz des höheren Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in den EFTA-Staaten gegenüber der EG liegt dieser Wohlstandsindikator im Europäischen Wirtschaftsraum jedoch immer noch deutlich unter dem der USA und Japans. Dies gilt auch für das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den Jahren 1985 bis 1990, das im Europäischen Wirtschaftsraum zwar etwas höher als in den USA, aber deutlich niedriger als in Japan ausfiel. Allein aufgrund dieser Daten ist also die Qualitätsveränderung des EWR gegen-

Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt wichtiger Wirtschaftsräume

	1989			1985/90 BIP durchschnittl. Veränder.
	Bevölkerung Mill.	BIP Mrd. US-\$	BIP je Einwohner Tsd. US-\$	
EG	326	4 847	14,9	3,3
EFTA	32	700	21,9	2,7
EWR ¹⁾	358	5 546	15,5	3,2
Osteuropa ²⁾³⁾	96	205	2,1	-0,7
Ehemaliges Gebiet der UdSSR ⁴⁾	288	.	.	1,8
USA	247	5 201	21,0	3,0
Japan	123	2 890	23,5	4,8

¹⁾ EG und EFTA. — ²⁾ Bulgarien, CSFR, Polen, Rumänien, Ungarn. Aufgrund der aktuellen Entwicklung ohne die Länder des ehemaligen Jugoslawiens. — ³⁾ BIP ohne Bulgarien. — ⁴⁾ Einschließlich der inzwischen unabhängigen baltischen und ehemals sowjetischen Republiken.

Quellen: UNDP, Human Development Report 1991; OECD: National Accounts, Labor Force Statistics; IMF, International Financial Statistics; UN, Economic Survey of Europe in 1990-1991; Nationalstatistiken; Berechnungen des DIW.

über der EG durchaus nicht spektakulär. Ein Blick auf die politischen und geographischen Gegebenheiten zeigt allerdings, daß die politisch-psychologische Bedeutung der Vergrößerung des Europäischen Integrationsraumes weit über diese Zahlen hinausgehen dürfte.

Aufgrund der bisherigen Handelsstrukturen würden im künftigen EWR über 70 vH aller Warenexporte innerhalb dieses Wirtschaftsraumes abgewickelt; aus weltweiter Sicht würde damit ein zunehmender Anteil des Welthandels in Binnenhandel transformiert. Dominierend ist im Vergleich zu den anderen großen Wirtschaftsräumen der Außenhandel des EWR mit dem Osten, auch wenn die Einfuhren aus Osteuropa wesentlich höher als die Ausfuhren dorthin sind. Aus der Sicht der US-Exporteure ist die Vergrößerung der EG als EWR nur von untergeordneter Bedeutung. Die Angst vor einer noch größeren „Festung Europa“ dürfte zwar eher noch zunehmen, aber auch die Chancen für Investoren aus den USA dürften sich in einem größeren Europäischen Binnenmarkt verbessern.

In einem deutlich vergrößerten Binnenmarkt werden sich auch Mobilität der Arbeitnehmer und Verhalten der Verbraucher schneller als bisher verändern. Spanische Saisonarbeiter können in Zukunft — bei Verwirklichung der vereinbarten Regelungen — statt nach Baden-Württemberg auch in die Schweiz oder nach Schweden gehen. Deutsche und britische Dienstleistungsunternehmen, etwa im Banken- und Versicherungsbereich, werden von Portugal bis Finnland miteinander konkurrieren, ohne Niederlassungen errichten zu müssen. Europäische Konzerne können sich deutliche Kostenersparnisse ausrechnen, wenn von Land zu Land bisher unterschiedliche technische Vorschriften vereinheitlicht werden oder es nicht mehr erforderlich ist, Tochterunternehmen zu gründen, um „im Markt“ der jeweiligen Länder zu sein. Der in den nächsten Jahren entstehende größere Binnenmarkt mit seinen

Kostenvorteilen wird so die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Integrationsraumes EWR gegenüber Japan und den USA erhöhen. Dies gilt insbesondere dann, wenn bestehende staatliche Monopole — wie vorgesehen — korrigiert werden, der Mißbrauch von Marktmacht verhindert wird und wettbewerbsstimulierende Maßnahmen getroffen werden. Ähnlich der Generaldirektion für den Wettbewerb innerhalb der EG-Kommission soll auch von den EFTA-Staaten eine den Wettbewerb überwachende Behörde eingerichtet werden, die sich in allen Verbots- und Mißbrauchsfällen einschalten soll.

Mit den EFTA-Staaten gewinnt der Europäische Integrationsraum exportstarke Länder mit einem hohen Technologieniveau hinzu. Die Finanz- und Wirtschaftskraft Europas insgesamt wird hiermit gestärkt. Die Bedeutung des Europäischen Wirtschaftsraumes für die einzelnen Regionen ist indes durchaus unterschiedlich. Besonders profitieren werden Regionen, die an den neuen Wachstumslinien des Wirtschaftsraumes liegen. Die Einbeziehung der skandinavischen Staaten wird Regionen um Hamburg, Kopenhagen und Berlin stimulieren, die Einbeziehung Österreichs und der Schweiz vor allem Süddeutschland und Teile des nördlichen Italiens. Insgesamt dürften sich die Wachstumspole langfristig, insbesondere bei einer Erholung oder bei einem Aufschwung in Osteuropa, nach Osten verschieben.

Vergrößerung oder Minderung wirtschaftspolitischer Zielkonflikte?

Ein anderer Aspekt der wirtschaftlichen Bedeutung des Zusammenschmelzens der Europäischen Gemeinschaft mit den EFTA-Ländern im EWR betrifft die Perspektive der zukünftigen, weitergehenden wirtschaftspolitischen Inte-

Ausfuhren¹⁾ wichtiger Wirtschaftsräume im Jahr 1990
in vH der Gesamtausfuhren des jeweiligen Wirtschaftsraums

von nach	EG	EFTA	EWR	USA	Japan	Osteuropa	UdSSR
EG	60,6	57,9	60,2	24,9	18,8	33,1	39,4
EFTA	10,2	13,4	10,7	3,0	2,9	8,9	9,4
EWR	70,8	71,3	70,9	27,9	21,7	42,0	48,7
USA	7,1	6,9	7,0	—	31,7	2,7	2,1
Japan	2,1	2,6	2,2	12,4	—	1,1	6,2
Osteuropa ²⁾	1,4	1,9	1,4	0,3	0,2	12,3	17,4 ⁴⁾
UdSSR ³⁾	1,4	2,5	1,6	0,8	0,9	22,9 ⁴⁾	—

¹⁾ Waren. — ²⁾ Bulgarien, CSFR, Polen, Rumänien, Ungarn. — ³⁾ Ehemalige Sowjetunion. — ⁴⁾ Ohne Bulgarien.

Quellen: IMF, Direction of Trade Statistics. Yearbook 1991. Berechnungen des DIW.

gration. So können wichtige wirtschaftliche Indikatoren Hinweise darauf geben, ob es bei einer weiteren Integration der EFTA-Staaten in die Europäische Gemeinschaft eher zu einer Vergrößerung oder zu einer Minderung wirtschaftspolitischer Zielkonflikte kommen wird. Ein Kriterium für die mögliche Intensität solcher Konflikte können Divergenzen bei der bisherigen Erreichung solcher Ziele darstellen.

Hinsichtlich der Wertschöpfung pro Einwohner in US-Dollar läßt sich feststellen, daß die Divergenzen im EFTA-Raum wesentlich kleiner als in der EG sind, daß sich aber die Spannweite wegen des deutlich höheren Einkommensniveaus in den EFTA-Ländern im EWR insgesamt noch vergrößern wird. Dies muß indes auch aus der Sicht der schwächeren Regionen nicht negativ beurteilt werden, da das durchschnittliche Einkommensniveau im Wirtschaftsraum steigen wird, was wiederum die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Regionalausgleich ermöglicht.

Beim Wirtschaftswachstum (im Durchschnitt der Jahre 1985/90) sowie bei den Leistungsbilanzsalden (im Jahre 1989) sind keine besonders signifikanten Abweichungen zwischen den Integrationsräumen zu konstatieren, wobei die Entwicklung der Leistungsbilanz freilich ständigem

Wandel unterliegt. Spürbar zugunsten der EFTA-Länder fallen indes die Arbeitslosenquoten aus. Wie bei anderen Indikatoren ist auch die Preisentwicklung im Vergleich der EFTA-Länder ausgeglichener als in der Europäischen Gemeinschaft, während der durchschnittliche Preisanstieg in beiden Integrationsräumen (im Durchschnitt der Jahre 1985/90) etwa gleich hoch war.

Insgesamt bringen die EFTA-Länder also einen höheren Grad der Performance bei der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele — verbunden mit geringeren Divergenzen zwischen den Ländern — in den EWR ein. Die ökonomischen Voraussetzungen für einen Anschluß dieser Länder an eine zukünftige Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sind daher eher günstiger als bei einer Reihe der bisherigen EG-Mitgliedstaaten. In einer zukünftigen europäischen politischen Union sind indes außer ökonomischen noch andere Hindernisse zu überwinden, denkt man an unterschiedliche Souveränitäts- und Neutralitätsbegriffe oder unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen und Entscheidungsstrukturen, etwa der Schweiz und Schwedens.

Für die Staaten der bisherigen Europäischen Gemeinschaft bedeutet die Verwirklichung des EWR zwar zusätz-

Wichtige wirtschaftliche Indikatoren
der EG, EFTA, des EWR und Osteuropas

		E G			E F T A			E W R			Osteuropa ¹⁾		
		Grad der Performance											
		Bestes Land	Durchschnitt	Schlechtestes Land	Bestes Land	Durchschnitt	Schlechtestes Land	Bestes Land	Durchschnitt	Schlechtestes Land	Bestes Land	Durchschnitt	Schlechtestes Land
BIP ²⁾ ³⁾ pro Einwohner 1988	in US-\$	20967	14749	4265	27492	21562	16684	27492	15358	4265	2669	2278	1818
Wirtschaftswachstum 1985/90	in vH pro Jahr	4,7	3,3	1,3	3,8	2,7	1,4	4,7	3,2	1,3	1,2	−0,7	−3,3
Leistungsbilanzsaldo 1989	in vH des BSP	4,7	0,1	−4,7	4,8	−0,3	−4,8	4,8	0,1	−4,8	5,4	0,4	−5,0
Arbeitslosenquote ⁴⁾	in vH	4,6	8,7	15,9	0,6	2,6	5,2	0,6	8,1	15,9	1,0	3,2	6,1
Exporte ⁵⁾ 1989	in vH des BSP	72,8	29,1	18,1	42,0	35,0	23,6	72,8	29,9	18,1	40,5	22,1	5,4
Verbraucherpreise ⁶⁾ 1985/90	in vH pro Jahr	0,6	4,0	16,5	2,1	4,1	6,4	0,6	4,0	16,5	1,6	40,9	114,1

¹⁾ CSFR, Polen, Rumänien, Ungarn (für Bulgarien vollständige Angaben nicht verfügbar). — ²⁾ Zu laufenden Preisen und Wechselkursen. — ³⁾ Gewichtet mit der Bevölkerung 1988. — ⁴⁾ 1990, in vH der Erwerbspersonen; für Osteuropa: Dezember 1990. Gewichtet mit der Bevölkerung 1989. — ⁵⁾ Von Waren und Diensten. — ⁶⁾ Gewichtet mit privatem Verbrauch auf Dollarbasis 1988.

Quellen: UNDP, Human Development Report 1991; OECD: National Accounts, Labor Force Statistics; IMF, International Financial Statistics; UN, Economic Survey of Europe in 1990-1991; Nationalstatistiken; Berechnungen des DIW.

liche wirtschaftliche Chancen. Vor allem in Spanien, Griechenland, Portugal und Irland erzeugt sie aber auch die Furcht vor einem zunehmenden Konkurrenzdruck der EFTA-Länder. So könnte es zu einer Verschärfung der regionalen Probleme kommen, denen im EWR nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt würde. Der ausgehandelte Kohäsionsfonds soll diesen Ängsten begegnen und zur Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Entwicklung im Gesamtintegrationsraum beitragen. Allerdings sind die Summen bisher zu gering, als daß sie eine wesentliche Rolle für mehr als einige Regionen spielen könnten.

EWR als Schritt zur weiteren Integration Europas?

In den letzten Jahren hat es vielfältige Schritte zur Integration Europas auf verschiedensten sachlichen wie geographischen Ebenen gegeben. Schon während der Verhandlungen zwischen EG und EFTA zur Bildung des EWR wurde die Frage aufgeworfen, ob osteuropäische Staaten, die sich mit dem Gedanken für einen Beitritt zur EG tragen, nicht lieber Anschluß an die EFTA suchen sollten. Da die osteuropäischen Staaten als sehr schwache Volkswirtschaften aus Sicht der EG gegenwärtig noch nicht beitriffsreif sind, hätte man sie so auf eine Erweiterung der Freihandelszone vertrösten können. Indes war das Interesse der EFTA-Länder nur gering, diese wirtschaftlichen Problemländer in die Freihandelszone einzubeziehen, sich so eher noch weitere wirtschaftspolitische Schwierigkeiten einzuhandeln und den eigenen Beitritt zur EG damit keineswegs zu fördern. Im Laufe des Umbruchs in Osteuropa ist allerdings auch in der Europäischen Gemeinschaft die Erkenntnis gewachsen, daß man sich langfristig dem Wunsch der osteuropäischen Länder auf Mitgliedschaft nicht verschließen kann.

Zunächst wurden mit einigen osteuropäischen Ländern Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen, die nunmehr durch den Ausbau zu Assoziierungsverträgen, den sogenannten „Europa-Abkommen“, intensiviert werden sollen. Assoziationsverhandlungen mit Bulgarien, Rumänien sowie den baltischen Staaten stehen in Aussicht. Hiermit ist vorgesehen, Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse im Warenhandel abzubauen. Aufgrund

der ungleichen Wirtschaftskraft wird dabei ein asymmetrisches Vorgehen, d.h. ein schnellerer Abbau seitens der EG, ins Auge gefaßt. In bestimmten Bereichen ist es bei den Verhandlungen allerdings zu Schwierigkeiten mit EG-Mitgliedsländern gekommen. So fordern Polen, Ungarn und die CSFR noch Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Verhandlungsstand, insbesondere im Textil- und Agrarbereich. Zugeständnisse der Kommission im Agrarbereich veranlaßten Frankreich, die Wirkungen auf seine eigenen Schaf- und Rindfleischverkäufe zu prüfen, bevor es zu einem Kompromiß fand. Im Textilsektor machte insbesondere Portugal Vorbehalte gegenüber den geplanten Konzessionen geltend. In dem Maße, in dem die Europäische Gemeinschaft von den osteuropäischen Ländern im Interesse der Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse in Gesamteuropa eine Beseitigung der gegenwärtigen Abschottung zwischen diesen Ländern fordert, muß sie allerdings auch selbst bereit sein, ihre Barrieren gegen Importe aus Osteuropa abzubauen. Immerhin konnten die osteuropäischen Staaten erreichen, daß die Assoziierungsverträge offiziell als Etappe auf dem Weg zur Mitgliedschaft in die Europäische Gemeinschaft gewertet werden.

Die zunehmende Zahl der an der Europäischen Integration teilhabenden Staaten sowie ihre äußerst unterschiedliche Wirtschaftskraft erfordern neue integrationspolitische Konzepte. Nicht alle Staaten können gleichzeitig ein hohes Integrationsniveau erreichen. Eine abgestufte Integration in der einen oder anderen Form wird damit geradezu unumgänglich. Flankiert werden muß sie aber von einem Ausbau der finanziellen Solidarität mit den zunächst zurückliegenden Ländern. Das gilt auch für den gesamteuropäischen Integrationsraum. Finanzielle Solidarität würde es den ärmeren Staaten gestatten, allmählich aufzuschließen. Dies wäre z.B. über eine kräftige Aufstockung der Strukturfonds möglich, die auch den mitteleuropäischen Reformstaaten zugute käme und zu Lasten der reicheren Mitgliedstaaten ginge. Diese zusätzlichen Lasten würden von den Geberländern aber nur dann akzeptiert werden, und die Mittel würden in den Empfängerländern auch nur dann entwicklungswirksam werden, wenn sie investiven Zwecken dienten und von den erforderlichen Änderungen im wirtschaftspolitischen — und gegebenenfalls auch tarifpolitischen — Verhalten der „Problemländer“ begleitet wären.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Entwicklung des Produktionspotentials in Ostdeutschland. Bearbeitet von Bernd Görzig.
Europäischer Wirtschaftsraum — Ansatz für eine gesamteuropäische Integration. Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

Berichtigung

zum Wochenbericht Nr. 46/91, S. 647.

Die saisonbereinigten Veränderungsdaten für das zweite und dritte Quartal 1991 sind in einigen Fällen falsch wiedergegeben worden.

Wir bitten um Verständnis und fügen die korrigierte Tabelle zu Ihrer Information bei.

Schriftleitung

WESTDEUTSCHLAND
Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1988 IV	1989				1990				1991		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen	0,5	-0,5	1,5	-1,5	0,5	2,0	-2,0	1,0	0,0	-0,5	3,0	0,5
Beschäftigte	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	1,0
Produktivität	0,5	1,5	-0,5	1,5	0,5	0,0	2,0	1,0	1,0	1,0	-1,0	-1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,5	1,0	0,0	1,5	2,0	0,5	2,0	0,5	0,5	1,5	0,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1,0	1,0	0,5	1,5	1,0	3,0	1,5	1,5	3,0	0,5	3,5	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,0	1,0	0,5	2,0	1,0	3,0	1,5	2,0	3,0	0,5	3,5	1,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	1,0	0,0	0,5	2,0	2,0	4,5	2,0	2,0	2,5	-0,5	1,5	0,5
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	2,0	2,0	4,5	-2,5	6,0	1,5	0,5	6,0	-3,0	3,5	0,0	-1,5
Indirekt Steuern abz. Subventionen	1,5	6,0	2,0	0,5	1,0	2,5	2,0	6,5	4,5	1,5	5,5	2,5
Abschreibungen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,0	1,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,0	2,0	0,5	2,0	2,5	1,5	3,0	1,5	1,5	3,0	1,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,0	1,0	1,5	0,5	1,5	2,5	1,5	2,0	2,0	0,5	2,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	2,0	-1,0	0,0	1,0	1,0	3,5	0,5	1,0	0,0	0,5	3,5	2,0
Anlageinvestitionen	2,0	3,5	1,5	2,5	3,5	4,0	2,0	3,0	4,0	0,5	5,5	1,0
Bauten	2,0	4,5	-1,0	2,0	3,5	5,0	1,0	3,0	2,5	0,0	8,0	1,5
Ausrüstungen	2,0	2,5	4,0	3,5	3,5	3,5	3,0	3,0	5,5	1,5	2,5	0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	3,5	5,0	5,0	0,5	1,0	2,5	1,5	6,5	6,0	3,0	2,5	1,0
darunter: Waren	2,5	4,5	4,5	0,0	0,5	2,0	0,5	4,0	4,5	2,0	3,0	2,0
Einfuhr	1,5	5,0	4,5	1,0	2,5	2,5	2,0	5,0	6,0	3,0	4,0	2,0
darunter: Waren	1,0	6,5	5,0	0,0	2,5	0,5	1,5	6,0	7,0	4,0	3,5	1,0
Bruttosozialprodukt	1,5	2,0	1,5	1,0	2,0	2,0	1,5	3,0	2,0	1,5	2,5	1,0
Zu Preisen von 1985, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	0,0	0,5	0,5	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	1,0	-2,0	-0,5	-0,5	0,5	2,0	0,5	0,0	-1,0	0,5	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,0	3,0	1,0	2,0	2,5	3,0	1,0	2,0	3,0	0,0	3,0	0,5
Bauten	1,0	3,5	-1,5	1,0	2,0	3,0	-0,5	1,0	1,0	-1,5	5,0	0,5
Ausrüstungen	1,5	1,5	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	4,5	1,5	1,0	0,0
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	2,5	4,0	4,0	0,0	1,0	2,5	1,5	6,0	5,0	2,5	2,0	0,0
darunter: Waren	1,5	3,5	3,5	-0,5	0,5	2,0	0,5	4,0	4,0	1,5	2,0	1,0
Einfuhr	0,5	2,5	3,0	1,5	3,5	2,5	2,5	5,0	4,0	3,5	3,0	0,5
darunter: Waren	-0,5	4,0	3,0	1,0	4,0	1,0	2,5	6,0	4,5	4,0	3,0	0,0
Bruttosozialprodukt	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	1,0	2,0	1,0	0,5	1,0	-0,5
Nachr.: kalendermonatlich	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	0,5	2,0	1,0	0,5	1,0	0,0
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	0,5	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	0,5	1,0	0,5	1,5	1,0	1,5	0,0	1,0	1,5	0,5	3,0	1,0
Bauten	1,0	1,0	0,5	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	1,5
Ausrüstungen	0,5	1,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5
Ausfuhr	1,0	1,0	0,5	0,5	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0
Einfuhr	1,5	2,0	1,5	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,0	1,5	0,0	1,0	1,5
Nachr.: Terms of Trade	-0,5	-1,0	-1,0	0,5	1,0	0,0	0,5	0,0	-1,0	1,0	-0,5	-0,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	1,5	1,0
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	0,5	0,5	-0,5	1,5	0,0	1,0	1,0	-0,5	2,0	0,5	2,0	2,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.